

Katharina Schulze

mit Alex Burger

**MUT GEBEN
STATT ANGST MACHEN**

POLITIK FÜR EINE NEUE ZEIT

Mit einem Vorwort
von Robert Habeck

DROEMER 

**Besuchen Sie uns im Internet:
www.droemer.de**



Dieses Buch ist klimaneutral produziert.

Originalausgabe Februar 2020

Droemer Verlag

Ein Imprint der Verlagsgruppe

Droemer Knaur GmbH & Co. KG, München

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit
Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Redaktion, textliche Mitarbeit und Lektorat:

Alexandra Bauer (textwerk, München)

Covergestaltung: ZERO Werbeagentur, München

Coverabbildung: Sebastian Arlt

Satz: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-426-27813-0

2 4 5 3 1

*Für all die, die unsere Welt verbessern.
Im Großen wie im Kleinen.*

Inhalt

Vorwort von Robert Habeck	9
Ein Plädoyer für mehr Mut	11
I. Die großen Herausforderungen unserer Zeit	16
Warum ich mache, was ich mache	16
Demokratie verteidigen und stärken	21
Das Klima und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen	42
Digitale Transformation für alle	57
Wohlstand fällt nicht vom Himmel	81
Globalisierung: gemeinsam mehr erreichen	94
Gleiche Chancen für alle – gegen soziale Spaltung	105
II. Ohne Haltung geht es nicht	118
Herz auf, Angst raus	118
Wir sind nicht allein	130
Gerechtigkeit und Solidarität: mehr als Umverteilung	133
Gute Politik schafft Freiheit für alle	138
III. Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten	146
Gesellschaft und Gemeinschaft: was uns trennt und was uns eint	146
Markt oder Staat? Pragmatismus ist angesagt!	150
Die aktive Bürger*innen-Gesellschaft	157
Von zeitgemäßer Führung und Kommunikation	161
Wie Generationen das Land prägen	170
Die Zukunft ist weiblich	184
Nachwort	197
Dank	199

Vorwort von Robert Habeck

Im Jahr 2018 schien es nur ein politisches Thema zu geben: Flucht und Asyl. Und es schien nur eine Form des politischen Umgangs damit zu geben: zunehmende Härte. Die politische Sprache wurde immer roher, die Metaphern immer kruder. Namentlich die CSU in Bayern bediente sich zunehmend eines Jargons, der bisher nur im Rechtspopulismus zu Hause war – und adelte ihn so. Die Rede war von »Anti-Abschiebe-Industrie«, »Asyltourismus« und »konservativer Revolution«. Alexander Dobrindt rechnete die AfD wie selbstverständlich zu den bürgerlichen Parteien. Horst Seehofer ließ einen Masterplan beschließen, den keiner kannte. Im Sommer 2018 eskalierte der Streit innerhalb der Union so weit, dass die Gemeinschaft von CDU und CSU infrage stand.

Dann passierte etwas, das keine Partei und keine Regierung beschlossen hatte. Und es fand seine Stimme in Bayern, mitten im Wahlkampf: Viele, viele Menschen in Bayern verweigerten sich der Verrohung von Sprache und Politik. Handwerker*innen, Unternehmer*innen erhoben die Stimme und forderten: »Schiebt meine Mitarbeiter nicht ab! Mein Betrieb, unsere Wirtschaft braucht sie.« Großmütter gingen auf die Straße – viele erstmals in ihrem Leben – und riefen: »Stopp!« Bürgerinnen und Bürger zeigten, wir sind ein anderes Land. Die Zivilgesellschaft zeigte Zivilcourage.

Deshalb haben wir heute eine andere politische Gemengelage, und zwar eine bessere. Nicht, dass es einfach wäre, aber die politische Diskussion hat Mut für Neues gefasst: für eine Debatte über die Art, wie wir miteinander leben wollen. Gemacht haben den Umbruch die Menschen in Bayern, die sagten, wir wollen, dass anders gestritten und Politik gemacht

wird. Und daran sollte sich Politik immer erinnern, auch über den Wahlkampf 2018 hinaus. Sie sollte Mut machen.

Katharina Schulzes Buch steht für diesen Auf- und Umbruch, sie erzählt uns darin von ihren Vorstellungen, ihren Ideen, aber auch von ihren Visionen, wie Gesellschaft heute gelebt werden kann. Sie zeigt, wie wir miteinander zivilisiert über den richtigen Weg in Zukunft streiten können.

Ein Plädoyer für mehr Mut

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich plädiere für eine ökologisch und sozial erneuerte Republik. Für ein Land, das sich seiner Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst ist. Für ein Land, das einem digitalen Humanismus verpflichtet ist und der europäischen Integration. Ich will in einer Gesellschaft leben, in der nicht die Herkunft oder das Geschlecht darüber entscheidet, welche Chancen jemand hat, sondern die Antwort auf die Frage: Welche Werte leiten dein Denken und Handeln? Was willst du erreichen?

Mit dem Wandel der Generationen ändert sich auch die Vorstellung von einem guten Leben. Oder die Vorstellung von Glück. Die Idee vom sozialen Aufstieg, der sich durch materielle Güter ausdrückt, wird hohl. Ein großes Haus, regelmäßig in den Urlaub zu fliegen, ein teures Auto und der Besitz vieler anderer Güter – diese Art von Wohlstand ist für viele jüngere Menschen nicht mehr das Ziel ihrer Träume. Nur Güter anzuhäufen ist zu wenig. Eine Arbeit, die Sinn macht und nicht nur Geld einbringt, Beziehungen und Freundschaften, die auf gleicher Augenhöhe stattfinden, und ein selbstbestimmtes Leben, das Raum lässt für gesellschaftliche Verantwortung – diese Ziele rücken in den Fokus. Der Homo oeconomicus, der vor allem an seinen persönlichen Nutzen denkt, wird nicht verschwinden. Aber er bekommt einen Homo politicus an die Seite gestellt, mit dem er künftig ringen muss. Und das ist gut!

Ich bin überzeugt davon, dass genau das unsere Freiheit vergrößern und nicht einengen wird. Gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, Garantien für die Freiheit aller zu

schaffen als vordringliche politische Aufgabe (auch mit Blick auf den Schutz der Lebensgrundlagen kommender Generationen) und Werte statt Herkunft als Maßstab unseres Zusammenlebens zu setzen: Diese Ideen einer republikanischen Freiheit sind in meinen Augen viel besser geeignet, um die Zukunft zu gestalten, als eine (neo-)liberale Vorstellung von Freiheit. Denn die zeichnet sich vor allem durch Skepsis gegenüber staatlicher Regulierung aus. Die republikanische Freiheit gibt uns hingegen Halt und Orientierung, Schutz und die Möglichkeit zur Entfaltung.

Diese Freiheit muss gegen alle verteidigt werden, die sie durch autoritäres Denken und Handeln einschränken wollen. Es macht dabei erst einmal keinen Unterschied, ob das autoritäre Denken versucht, sich religiös zu rechtfertigen, wie beim Islamismus oder Salafismus. Oder ob dies durch den Verweis auf kulturelle Zugehörigkeit geschieht oder gar mit der ethnischen Herkunft begründet wird, wie die Rechtspopulisten und Rechtsextremen es immer versuchen. Wer so denkt, schließt in der Realität einer modernen und vielfältigen Gesellschaft immer große Gruppen vom Recht auf Freiheit aus: Jene, die vermeintlich eine »falsche« Religion haben, jene, die einen »anderen« kulturellen Hintergrund haben, oder jene, die der »falschen« Ethnie angehören. Lasst uns die Verschiedenheiten respektieren und unabhängig davon jedem Menschen die gleichen Freiheiten, Sicherheiten und Chancen garantieren! Und immer dran denken: Liebe ist stärker als Hass.

Unsere Loyalität sollte deswegen in erster Linie Prinzipien und Werten des Zusammenlebens gelten, die universell und nicht an eine bestimmte Herkunft oder einen bestimmten Glauben gebunden sind. Diese Idee des Verfassungspatriotismus als einer »Verteidigungsgemeinschaft gegen autoritäre Herausforderungen«¹ ist eine wunderbare Leitidee für unser Zusammenleben.

Ich bin davon überzeugt: Freiheit, Verantwortung – auch

für die Zukunft –, Anerkennung und Teilhabe sind die richtigen Maßstäbe, um konkrete politische Herausforderungen zu meistern. Das gilt für die ökologische und digitale Transformation genauso wie für die Globalisierung oder die wachsende gesellschaftliche Vielfalt. Wir brauchen dafür zudem ein Mindestmaß an Solidarität. Wenn ich Freiheitsrechte besitze, aber mein Leben von wirtschaftlichen Abhängigkeiten durchzogen ist, bin ich nicht wirklich frei. Denn auch Machtstrukturen auf den Märkten schaffen Unfreiheit. Wenn ich gezwungen bin, jede Arbeit anzunehmen oder in irgendeine Wohnung zu ziehen, weil die Lage auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt schlecht ist, bin ich nicht frei. Wenn die Vorgesetzten oder Vermieter*innen ihre Machtposition ausnützen, erst recht nicht. Nicht jede und jeder wird sich aus eigener Kraft aus solchen Abhängigkeitsverhältnissen befreien können; deshalb bedarf es einer solidarischen Politik, um Freiheit für alle zu garantieren. Welche Politik man bevorzugt, ist immer auch eine Frage des Menschenbildes. Ich glaube nicht an die marktradikale Erzählung, nach der man die Menschen vor allem sich selbst überlassen muss, damit sie Initiative zeigen. Ich glaube auch nicht an die konservative Erzählung, die den Menschen vor allem als defizitäres Wesen oder als »Sünder*in« sieht. Genauso wenig glaube ich an die Erzählung einiger Linker, dass mit möglichst viel Sozialtransfers Chancengerechtigkeit herbeigeführt wird. Menschen sind unterschiedlich, und ihre individuellen Talente müssen bestmöglich gefördert werden. Ich glaube daran, dass Menschen fähig sind zur Empathie, zu gemeinschaftlichem und verantwortungsvollem Handeln – vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen und die politischen Umstände stimmen. Und genau dafür müssen wir sorgen.

Das mag vielleicht etwas überschwänglich oder utopisch klingen, kreisen unsere politischen Debatten doch zu oft um Einzelfragen und um das Hier und Heute. Das große Bild und

die langen Linien bleiben da gern mal auf der Strecke. Denn die nächste Wahl steht in einer Demokratie immer kurz vor der Tür, die nächste Empörungsspirale wartet auf Twitter, und ständig kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Aber ich bin überzeugt, dass wir genau über diese großen Fragen reden und ringen müssen: über die wichtigen und richtigen Werte – und über Visionen, mögen sie auch manchmal utopisch anmuten. Und wir brauchen Menschen, die genau dafür eintreten. Denn diese Visionen sind es, die uns einen und voranbringen können und dem politischen Alltag – der manchmal eben nicht anders sein kann als grau – eine Richtung und ein Ziel geben. Wir müssen als Gesellschaft für uns definieren, wohin wir wollen, um den Weg einschlagen zu können, der uns dann gemeinsam dorthin führt.

Wer denkt, das ist doch nicht machbar, den möchte ich an ein Projekt erinnern, das auch erst mal nicht möglich erschien: 2019 hat sich zum 50. Mal die Landung der ersten Menschen auf dem Mond geöhrt. Es war aus heutiger Sicht ein fast irrwitziges Projekt, denn innerhalb von zehn Jahren sollte ein Mensch auf den Mond gebracht werden. Trotz oder vielleicht gerade weil die Aufgabe so groß und der Erfolg so unsicher war, setzte das visionäre Projekt unglaubliche Kräfte und Energien frei.

John F. Kennedy hat damals das Wort »Moonshot« geprägt. Es ist ein politischer Begriff: eine große Idee, die fast zu groß für die Menschheit erscheint. »We choose to go to the moon in this decade and do the other things, not because they are easy, but because they are hard ...«, sagte Kennedy. Wenn also die Politik sich ein Ziel setzt und in langen Linien denkt, unterschiedliche Menschen zusammenbringt und den Rahmen für die besten Ideen setzt, können wir Dinge schaffen, die heute unvorstellbar sind. Ich bin mir sicher, würden wir Kennedy heute fragen, was sein Moonshot wäre – es wäre der Kampf gegen den Klimawandel.

Auch dafür müssen wir diese Kraft und Energie visionärer Ideen heute anzapfen. Gibt es eigentlich eine größere und lohnendere Vision für uns als die Rettung unserer Zivilisation vor der Zerstörung durch die Überhitzung des Erdklimas und den Schwund der Artenvielfalt, damit wir alle gut und sicher auf unserer Erde noch weiterleben können? Ich kann mir keine vorstellen. Und deshalb bin ich trotz aller negativen Entwicklungen und bedrohlichen Fakten zuversichtlich, dass wir diese Krisen zusammen meistern können. Denn es gibt so viele engagierte, kluge, besonnene, experimentierfreudige Bürger*innen, Unternehmer*innen und auch Politiker*innen – wenn die sich zusammenschließen, kann Großes entstehen. Dafür braucht es die richtigen politischen Entscheidungen, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie das Vertrauen in unsere Fähigkeiten, Herausforderungen zu meistern. Es braucht aber vor allem eines: den Mut voranzugehen und die Angst vor der Veränderung zurückzulassen. Einen aktiven und tätigen Optimismus. Das können und werden wir schaffen. Und deshalb bin ich überzeugt: Das Beste liegt noch vor uns.

Katharina Schulze

München im Februar 2020

I. Die großen Herausforderungen unserer Zeit

Warum ich mache, was ich mache

Manchmal entscheidet sich an einem einzelnen Tag, ob alles so ausgeht, wie man es sich wünscht. Der 14. Oktober 2018 war so ein Tag für mich. Es ist Sonntag, 17.30 Uhr, ich sitze in einem kleinen, ziemlich warmen Sitzungssaal im Bayerischen Landtag. Den ganzen Tag über bin ich schon nervös, aufgeregt, angespannt – und kann es kaum erwarten, dass es endlich Abend wird. Es wuselt um mich herum, der Fernseher läuft, die letzten Absprachen werden getroffen, und dann geht der Großteil aus dem Raum, runter zur Wahlparty. Es wird still, denn jetzt kann man wirklich nichts mehr machen – nur noch warten. Und das ist wahrlich nicht meine Stärke. Aber so funktioniert eben Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Wort ... Und ich bin schon so gespannt, was sie sagen werden!

In einer halben Stunde, also um Punkt 18 Uhr, entscheidet sich, ob unsere organisatorischen, strategischen und inhaltlichen Vorbereitungen seit 2013 für ein grünes Bayern richtig waren. Ob sich die Tausende von Bahnkilometern durchs ganze Land ausgezahlt haben. Ob die über 600 Veranstaltungen – allein von Juli bis Oktober – ausgereicht haben. Ob meine Reden bei den *30 Town Hall Meetings*, in den neun Festzelten, den zahlreichen Diskussionsveranstaltungen genügt haben. Ob wir an ausreichend vielen Haustüren geklingelt und hinreichend Infostände gemacht haben. Ob genug Menschen begeistert worden sind: für eine ökologische und sozial ge-

rechte Politik. Ob die Online-Kampagne und mein ständiges Erzählen, Werben, Mitnehmen auf Twitter, Instagram, Facebook und Co. Anklang gefunden haben – oder ob es mein Umfeld irgendwann nur noch genervt hat. Ob die vielen, vielen Presseterminale – von der *Allgäuer Zeitung* bis zur *Financial Times* – genutzt haben, das Mitglieder-Motivieren, die Solidarität untereinander, die Lachflashes, die Unmengen Spezi, Pizza und Eisabende. Ob die endlosen Sitzungen in der Wahlkampf- und Programmkommission, der harte Kampf, als einen Schwerpunkt im Wahlkampf gleiche Rechte und Chancen für Frauen zu nehmen, sich rentiert haben. Ob die schlaflosen Nächte, die vollen Tage, die manchmal schier nicht enden wollenden Diskussionen und Konflikte sich gelohnt haben ... Bald werde ich es wissen.

Es ist 17.45 Uhr und ich gehe in meinem Kopf immer wieder die Worte durch, die ich später sagen möchte. Ich hoffe, ich kann mich nachher noch daran erinnern.

Und dann, endlich, gibt es um genau 18 Uhr die ersten Hochrechnungen. In der *Tagesschau* wird es passend zusammengefasst: »Guten Abend meine Damen und Herren, ich begrüße sie zur Tagesschau ...« Meine Nerven liegen blank, als Nachrichtensprecher Jan Hofer fortfährt: »... Die Landtagswahl in Bayern hat die politischen Kräfteverhältnisse stark verändert ... zu den aktuellen Zahlen jetzt Jörg Schönenborn aus dem ARD-Wahlstudio aus München.« Ich schließe die Augen, bange, hoffe und halte meine beiden Daumen fest gedrückt. »Das ist die aktuelle Hochrechnung ... die Grünen 17,8, auch das ihr deutlich bester Wert ...« Ich kann es kaum glauben – es hat gereicht. Zum Glück. Wir haben es geschafft. Jaaaahhh!!! Welch ein Wahnsinn! Plötzlich lässt die ganze Anspannung, die sich in den letzten Monaten aufgebaut hat, nach, und in mir streiten sich die widersprüchlichsten Gefühle. Ich bin total erleichtert, überglücklich und gleichzeitig hundemüde. Was für ein Tag! Wir Bayerischen Grünen haben

zum ersten Mal in unserer Geschichte über zehn Prozent bei einer Landtagswahl eingefahren. Wir sind zweitstärkste Kraft geworden und haben die absolute Mehrheit der CSU gebrochen. Ach ja! Sechs Direktmandate haben wir im ehemals schwarzen Bayern zum ersten Mal auch noch geholt. *Oh Happy Day!*

Während des Wahlkampfes wurde ich oft gefragt, warum ich eigentlich »so engagiert« sei. Warum ich bei den Grünen Politik mache und mich für konsequenten Klimaschutz streite. Warum ich mich für Feminismus und eine gerechte Gesellschaft einsetze. Und warum ich auch noch regelmäßig auf Anti-Nazi-Demos gehe, obwohl ich doch schon Mitglied des Landtages (MdL) bin.

Die ersten Male habe ich das mit einem »Ich bin halt so« beantwortet. Ich kenne mich eben nur so: Wenn mich was ärgert, möchte ich es ändern. Wenn ich Ungerechtigkeiten sehe, möchte ich diese beseitigen. Und wenn Autoritäten ihre Macht missbrauchen, dann macht mich das einfach wütend. Zum Glück bin ich in einem Elternhaus aufgewachsen, in dem mein Bruder und ich von Anfang an gelernt haben: »Du bekommst die Welt nicht besser gemeckert, du musst sie besser machen.« Das ist wahrscheinlich auch einer der Hauptgründe für mein Engagement – selbst wenn das damals nicht unbedingt die Antwort war, die man als Kind oder Jugendliche hören wollte. Aber sie hat einen etwas ganz Wichtiges gelehrt: Von beleidigt im Zimmer sitzen, sauer ein Pamphlet schreiben oder resignieren ändert sich rein gar nichts. Vielmehr muss man proaktiv agieren, nachdenken, was man ändern kann, Bündnisse schmieden und einen eigenen inneren Kompass entwickeln. Mit diesem inneren Kompass, der die eigenen Werte und Grundüberzeugungen ausmacht, segelt es sich wesentlich leichter durch die Irrungen und Wirrungen des Lebens.

Und so kam es, dass ich 2008 zum ersten Mal bei der Grünen Jugend München vorbeigeschaut habe. Davor war ich

mehr vor Ort engagiert, beispielsweise an meiner Schule oder bei der Bayerischen AIDS-Stiftung. Je länger ich aber Projekte vorantrieb, desto öfter stellte ich mir die Frage, ob ich hier wirklich an der richtigen Stelle bin. Müsste man nicht viel eher dort aktiv sein, wo man Rahmenbedingungen verändert? Wo man Gesetze macht? Wo man die großen Linien diskutiert? Ich abonnierte also den Newsletter der Grünen Jugend München. Und las am Anfang einfach nur mit. Später redete ich mit. Und kurz danach wurde ich zur Vorsitzenden gewählt. Wir hatten viel vor: Wir wollten den Klimaschutz forcieren, die Olympischen Winterspiele in Bayern verhindern, Nazis keinen Fußbreit gönnen – und eine feministische Gesellschaft!

Das ist auch heute noch mein Antrieb, Politik zu machen. Die Olympischen Winterspiele in Bayern konnte ich als Sprecherin des Bündnisses *NOlympia München* zusammen mit vielen anderen mittels eines Bürgerentscheids verhindern – und damit der Stadt München viel Geld sparen, aber für echten Klimaschutz, die Stärkung unserer Demokratie und einer gleichberechtigten Gesellschaft muss noch viel getan werden. Gute Politik beginnt also immer mit den richtigen Inhalten. Aber sie braucht auch Mehrheiten, und deshalb hat Politik, demokratische zumal, eben auch etwas mit Kompromissen und dem Ausgleich von Interessen zu tun. Dabei werden natürlich nicht alle zufriedengestellt, manche haben den Eindruck, sie kommen schlecht weg oder ihre Sorgen werden nicht berücksichtigt. Ich finde das, was wir in den letzten Jahren erleben, ist aber mehr als nur der Protest gegen bestimmte Projekte und Entwicklungen. Ich finde, es ist die Auseinandersetzung darum, wie wir mit grundlegenden Veränderungen wie etwa dem Klimawandel oder der Digitalisierung, in der wir mittendrin stehen, umgehen. Es sind vier Fragen, die mit Wucht auf die politische Tagesordnung drängen, die alle auf eine Antwort warten und sowohl unser persönliches Leben verändern als auch die politische Agenda:

1. Wie können wir so leben und wirtschaften, dass unser Ökosystem (Klima und Biodiversität) intakt bleibt?

2. Wie können wir unter den Bedingungen globaler Konkurrenz Wohlstand, soziale und demokratische Teilhabe sowie Gerechtigkeit für alle sicherstellen?

3. Wie schaffen wir angesichts von Individualisierung – sich ausdifferenzierender Lebenslagen und -modelle –, Globalisierung und Migration, eine gesellschaftliche Identität beziehungsweise ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Vertrauens?

4. Wie gestalten wir die digitale Transformation so, dass die Autonomie des Menschen gestärkt, nicht eingeschränkt wird?

Selbst wenn man sich das nicht tagtäglich vor Augen führt, spürt man doch den Umbruch, der gerade vor sich geht. Vermeintliche Selbstverständlichkeiten sind nicht mehr so selbstverständlich wie etwa unsere Demokratie oder das vereinigte Europa. Diskussionen über verschiedene Themen und Entscheidungen dafür oder dagegen geschehen nur teilweise aufgrund von Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen – gleichzeitig passiert vieles sehr schnell und parallel. Das alles führt zu den verschiedensten Reaktionen, sowohl seitens der Bürger*innen als auch der Parteien: Die einen heißen Veränderungen wie die digitale Transformation willkommen, die anderen bekämpfen sie, und wieder andere sind unsicher, was sie überhaupt davon halten sollen. Eine solche Situation schafft Raum für Demagogie und Populismus. Deshalb ist es meiner Meinung nach zwingend, sich die Fakten und Möglichkeiten auf den wichtigsten Politikfeldern anzusehen, um die Diskussionen auf eine rationale Grundlage zu stellen. Und dann muss natürlich auch gehandelt und die Veränderungen müssen mitgestaltet werden. Das Ziel muss sein, die Umwälzungen zu reflektieren und so zu gestalten, dass wir die besten Lösungen für die gesamte Gesellschaft finden, in der wir leben. Das ist Aufgabe der Politik. Und genau deswegen mache ich Politik.